

**Zeitschrift:** Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Band:** 96 (2016)  
**Heft:** 1036

**Artikel:** Neoliberal  
**Autor:** Horn, Karen  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-736305>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



KAREN HORN

## WORTWECHSEL

**Neoliberal**

«Die Personenfreizügigkeit der EU ist in der heutigen Form ein neoliberales System, dessen Marktdogma lautet: Freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und des <Produktionsfaktors> Arbeit.»

Rudolf Strahm, früherer Preisüberwacher und SP-Nationalrat, in seiner Kolumne im «Tages-Anzeiger» (8.3.2016) zum Inländervorrang.

Das Wort «neoliberal» hat eine scharfe Bedeutungsumkehr erlebt. Im allgemeinen Verständnis bezeichnet es heute eine marktwirtschaftliche Ideologie, der besondere Stringenz und Staatsferne eigen sind. Wer schon Panik schiebt, wenn von Privatisierung und Deregulierung die Rede ist, nutzt es zudem gern als Allerweltsschimpfwort, das Hartherzigkeit und Dogmatismus antönen soll – wie in Strahms Vorwurf. Dabei ging es im Neoliberalismus ursprünglich gerade nicht darum, die soziale Frage für irrelevant zu erklären und einem «Raubtierkapitalismus» zu frönen. Das Ziel war vielmehr, mit einem klug eingehegten, «starken Staat» das *Laissez-faire* und dessen Auswüchse zu überwinden.

Erste Nennungen fanden sich schon zur Zeit der Restauration in Frankreich. Im Jahr 1898 schrieb der Historiker Sébastien Charléty, die junge Generation habe schon nach 1820 einen «Ekel vor den Unzulänglichkeiten der Lehre des offiziellen Liberalismus» entwickelt und vor allem angesichts sozialer Notlagen eine Erneuerung gefordert, einen «Neoliberalismus». Hundert Jahre später, in der geistigen Orientierungskrise nach Erstem Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise, kam es dann zu einer allgemeinen Popularitätswelle der Vorsilbe «neo», die auch den Liberalismus wieder erfasste.

Im Sommer 1938 markierte das «Colloque Lippmann» in Paris den Beginn eines neuen Paradigmas. Denker wie Friedrich A. von Hayek, Ludwig von Mises, Wilhelm Röpke, Raymond Aron, Louis Rougier, Michael Polanyi und Walter Lippmann erörterten dort, wie der Liberalismus zu justieren sei, auf dass er nicht wieder zu einer kartellierten Wirtschaft, einem gelähmten Staat und einer gesellschaftlichen Krise führe. Auf Alexander Rüstows Vorschlag nannten auch sie ihr Vorhaben «Neoliberalismus». Es fusste auf der Einsicht, dass dem Staat die Aufgabe zufalle, die Spielregeln der Wettbewerbsordnung zu sichern, nicht aber in die Spielzüge einzugreifen. Auf dieser Basis entstand später in Deutschland die soziale Marktwirtschaft – gewiss kein Fall von Raubtierkapitalismus, ebenso wenig wie die Europäische Union. ◀

**Karen Horn**

ist Dozentin für ökonomische Ideengeschichte, freie Autorin sowie Chefredaktorin und Mitherausgeberin der Zeitschrift «Perspektiven der Wirtschaftspolitik».